



# Presse Medien Information

**IG Metall**

**Verwaltungsstelle Osnabrück**

**Stephan Soldanski**

**Tel. 0541/33838-1113**

**Mobil: 0160/5330248**

**Homepage: [www.osnabrueck.igmetall.de](http://www.osnabrueck.igmetall.de)**

23. Oktober 2007

## **IG Metall: Keine Entwarnung auf dem Ausbildungsstellenmarkt! "Wer nicht ausbildet, muss zahlen!"**

Die IG Metall Osnabrück sieht trotz der leicht positiven Tendenz auf dem Ausbildungsmarkt keinen Anlass zur Entwarnung. Der für Jugend zuständige Gewerkschaftssekretär Stephan Soldanski sagte: "Es ist sehr erfreulich, dass es seit Jahren wieder mehr Ausbildungsverträge und gemeldete Stellen als im Vorjahr gibt. Aber diese Tendenz ist größtenteils konjunkturell bedingt. Immer noch bilden nur 23 Prozent der Betriebe und Unternehmen aus. Diese Zahl ist mehr als alarmierend und kein Grund zur Sektkorkenknallerei!"

Zwischen gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern (70.932) und gemeldeten Ausbildungsstellen (47.609) klafft niedersachsenweit nach wie vor eine große Lücke. "Über 23.000 Ausbildungsplätze fehlen allein rechnerisch in Niedersachsen. Viele Jugendliche weichen deswegen in sogenannte Warteschleifen aus und verschwinden so aus der Statistik, obwohl sie dringend einen Ausbildungsplatz suchen", so Soldanski weiter.

Im letzten Jahr sind laut Bundesinstitut für Berufsbildung bundesweit 384.000 Jugendliche mangels eines Ausbildungsplatzes in eine derartige Alternative geflüchtet. Das ist fast jeder zweite Bewerber, in Niedersachsen also schätzungsweise rund 35.000 Jugendliche.

Die IG Metall schätzt diese Zahl für die Region Osnabrück jährlich auf rund 1000, die in der Statistik als versorgt geführt werden.

Als gravierend bewertet Soldanski die deutliche Zunahme der so genannten Altbewerber aus früheren Schulabgangsjahren. Sie machen mittlerweile mehr als die Hälfte aller gemeldeten Bewerber aus. Ihr Anteil ist im Vergleich zum September 2006 um 5 Prozent auf 34.570 angestiegen.

"Durch den Ausbildungsplatzmangel droht gewaltiger gesellschaftlicher Sprengstoff. Die Jugendlichen brauchen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen," bewertet Soldanski die Zahlen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1980 bedeutet dies, dass 12,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze angeboten werden sollen, als es Bewerber gibt. Das ist bei Weitem auch in Osnabrück nicht erreicht. Die IG Metall tritt deshalb weiterhin für eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage und einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Ausbildung ein.

Soldanski: "Das duale System trocknet durch die Ausbildungsverweigerung vieler Betriebe seit Jahren aus. Wir fordern, dass sich alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen entweder an der Ausbildung oder zumindest an den Ausbildungskosten beteiligen. Die Finanzierung von qualifizierter Ausbildung wird durch eine Umlagefinanzierung gerechter, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze könnten geschaffen werden. Schmalspurausbildungen lehnen wir ab."

Kurz um: "Wer nicht ausbildet, muss zahlen!"